



Deutschland - kriegstüchtig oder friedensstiftend?

"Der Ruf nach Frieden muss im Bewusstsein und unüberhörbar bleiben!" steht in der Einladung der Stadt Krefeld zum Weltflüchtlingstag 2024. Dem kann man nur zustimmen, und das ist es auch, was die Friedensbewegung fordert. Nur findet dieser Satz leider keine Anwendung auf aktuelle Kriege, bei denen "wir" eine Seite unterstützen. Hier meint Frieden immer "Siegfrieden", also weiterkämpfen bis zum eigenen Sieg - oder zur eigenen Niederlage. Alle Rufer nach einem baldigen Verhandlungsfrieden, egal ob Papst, UN-Generalsekretär oder bekannter Künstler, werden in der veröffentlichten Meinung zumindest als weltfremd, oft genug jedoch als "Putinverstehler" oder "Antisemit" mundtot gemacht.

In der permanenten Berichterstattung und in politischen Statements über die Kriege in der Ukraine und in Gaza wird stets unter Berufung auf das Völkerrecht betont, dass "die Ukraine das Recht habe, ihr Land zu verteidigen" oder, dass "Israel das Recht habe, sein Existenzrecht zu verteidigen". Nie ist die Rede davon, dass ukrainische und russische Männer, die ohne ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Soldaten dienen müssen, ein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit haben sollten. Und nirgendwo wird begründet, warum denn das Existenzrecht Israels durch das Töten zigtausender Zivilisten, meist Frauen und Kinder, und dem Einsatz von Hunger als Waffe verteidigt wird. Wo bleiben deren Menschenrechte?

Stattdessen soll die öffentliche Meinung durch eine Berichterstattung beeinflusst werden, die vor allem hoch emotionale Ausschnitte der Kriege wiedergibt: das Leid Ukrainischer Zivilisten nach einem weiteren Russischen Angriff; das Leid israelischer Zivilisten nach dem brutalen Überfall der Hamas. Daraus wird abgeleitet, dass der jeweilige Krieg "bis zum Sieg" weitergeführt werden müsse. Da das eigentliche Grauen der Kriege dabei weitgehend ausgeblendet wird, hier als Hilfe eine Abschätzung, um sich das vorzustellen:

www.krefelder-friedensbuendnis.de

bitte wenden

- Es könnten im Ukrainekrieg auf beiden Seiten mehr Soldaten gefallen und schwer verwundet sein, als Krefeld Einwohner hat.
- Es sind in der Ukraine mehr als 30mal so viele Wohnungen und Wohnhäuser zerstört, wie es in Krefeld gibt.
- Es sind in Gaza mehr Menschen getötet worden, als in der gesamten Krefelder Innenstadt leben.
- Es sind in Gaza mehr Kinder getötet worden, als Kleinkinder in Krefeld leben.
- Es sind in Gaza mehr als doppelt so viel Wohngebäude zerstört worden, wie es in Krefeld gibt.

Aber auch mit diesen Vergleichen bleibt das durch diese Kriege verursachte Leid eigentlich unvorstellbar. Nur eines wird deutlich: diese Kriege müssen sofort beendet werden.

Um das zu erreichen macht es keinen Sinn, bloße Appelle für ein Kriegsende an Putin oder Netanyahu zu richten. Es sind **unsere Politiker**, auf die wir einwirken müssen und deren vorrangige Aufgabe es ist, friedensstiftend zu sein.

Von unseren Politikern fordern wir deshalb:

- **das Friedensgebot des Grundgesetzes zu achten und Krieg nicht als Mittel der Politik zu akzeptieren**
- **keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern**
- **diplomatische Lösungen für ein Ende der Kriege zu suchen statt sich an Kriegstreiberei und Militarisierung zu beteiligen**
- **keine Grundgesetzänderung zuzulassen, die Schulden für „Kriegstüchtigkeit“ als Sondervermögen deklariert**
- **genug Geld für einen funktionierenden Sozialstaat, für Schulen, Infrastruktur, Armutsbekämpfung, auskömmlichen Arbeitslohn und bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen statt Milliarden für die Aufrüstung**

Wir wollen eine friedliche und solidarische Welt!

Diese Forderungen richten wir an die Bundesregierung und wollen sie in die Öffentlichkeit tragen. **Können wir dabei auf ihre Hilfe zählen?** Zum Beispiel bei der Aktion „**freitags für Frieden**“ immer freitags von 11-13 Uhr auf dem Joseph-Beuys-Platz vor dem Museum